

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

**Testament?
Erbvertrag?
Stiftungen?
Hausverkauf?**

Wichtige Fragen und Probleme, die gerne verdrängt, aber bei klarer Sicht der Dinge gelöst und entschieden werden sollten. Fragen Sie uns – seit 1980 sind wir für unsere Klienten da

Dr. iur. Michael E. Dreher, MBA HSG
DR. DREHER & PARTNER AG
8702 Zollikon / beim Bahnhof
T 044 396 15 15 - E drdr@dreher.ch

ZUR ABSTIMMUNG VOM 13. JUNI

Betreuung auf Kosten der Kinder

Doppelverdiener werden auf Kosten ihrer Kinder gefördert. Und: Fremdbetreuungsplätze kann sich die öffentliche Hand nicht leisten. Die Defizite, welche davon entstehen, müssen in der Zukunft ausgerechnet jene bezahlen, die heute fremd betreut werden: Die Kinder.

Die kantonalen Vorlagen der Abstimmung vom 13. Juni wollen zweimal das Gleiche: Die Initiative «Kinderbetreuung Ja» und der Gegenvorschlag des Kantonsrates verlangen, dass die öffentliche Hand die bedarfsgerechte Betreuung von Kindern ab Ende Mutterschaftsurlaub (drei Monate) bis zum Schuleintritt subventioniert. Die Gemeinden sollen Krippen betreiben oder unterstützen oder den Eltern einen Anteil der Betreuungskosten vergüten.

Unterschiede zwischen Initiative und Gegenvorschlag

- Mit Initiative und Gegenvorschlag werden Elternbeiträge erhoben. Die Initiative verlangt, dass die Beiträge vom Einkommen abhängig festgelegt werden. Der Gegenvorschlag überlässt die Regelung den Gemeinden.
- Bei Annahme der Initiative beteiligt sich der Kanton an den Betreuungskosten. Mit dem Gegenvorschlag zahlen nur die Gemeinden.
- Die Initiative zwingt die Gemeinden, ihren Bedarf an Betreuungsplätzen zusammen mit dem Kanton festzustellen. Ganz Aufgabe der Gemeinden ist dies gemäss Gegenvorschlag. Es ist (so oder so) absehbar, dass der Kanton Richtlinien erlassen und das Erhebungsinstrument zur Verfügung stellen wird. Bereits heute erstellt er ein Rating der Gemeinden bezüglich Fremdbetreuung.
- Die Initiative schafft ein neues Gesetz, eigens für die Kinderbetreuung bis nach Abschluss der Schulpflicht. Der Gegenvorschlag regelt die Betreuung vor Schuleintritt im Kinder- und Jugendhilfegesetz. Ab Schuleintritt ist die Betreuung schon heute Teil des Volksschulgesetzes (Blockzeiten, Hort).
- Der Kanton muss Aufbauhilfe an Krippen leisten und in säumigen



MATTHIAS HAUSER
KANTONSRAAT SVP
HÜNTWANGEN

Gemeinden Massnahmen ergreifen, um Plätze zu schaffen. Dies verlangt nur die Initiative.

- Mit dem Gegenvorschlag kann der Kanton die Erprobung spezieller Betreuungsangebote subventionieren (z.B. früher Sprachenunterricht).

Insgesamt lässt der Gegenvorschlag mehr Spielraum für die Gemeinden, schon die Kantonsfinanzen und ist konsequenter in der Rechtslegung, da kein eigenes Gesetz geschaffen wird, welches etwas regelt, das schon im Volksschulgesetz steht. Trotzdem bitte ich Sie: Stimmen Sie zweimal Nein!

Nein zur Initiative, nein zum Gegenvorschlag

Es geht dabei nicht um die Grundsatzfrage «Krippen ja oder nein?» Auch nicht um die Diskussion von Familienformen. Es geht darum, ob es Vorschriften braucht, um die öffentliche Hand zwingen, die Kinderbetreuung zu organisieren und zu finanzieren.

Ohne Initiative und Gegenvorschlag bleibt dies auf Gemeindeebene zu klären, wie heute schon. Keine Krippe muss deshalb schliessen. Nun vier Argumente:

Erstens: Eigeninitiative stirbt

Es gibt private Tagesmütter, die sich teilweise zu Vereinen zusammenschliessen. Viele Grosseltern sind wöchentlich mit Engagement im Betreuungseinsatz. Eltern aus Gemeinden ohne Krippen nutzen oft Plätze in Krippen der Nachbargemeinde oder nahe dem Arbeitsplatz, auch wenn sie dafür mehr bezahlen müssen. Es funktioniert.

Viele der Befürworter der neuen Gesetze haben einen Betreuungsplatz für ihre Kinder. Aber die Gemeinde dafür sorgen zu lassen ist bequemer, als sich selbst zu kümmern.

Zweitens: Noch mehr Kinder als nötig werden fremd betreut

Mit Initiative und Gegenvorschlag steigt die Anzahl abgegebener Kinder. Nicht nur Linke, selbst Bildungspolitiker der Mitteparteien betonen immer wieder positive Auswirkungen der Fremdbetreuung. Es ist wegen dem ständigen Kontakt zu anderen Kindern eigentlich logisch, dass Krippenkinder kontaktfreudiger, sozialkompetenter, offener und sprachbegabter sind. Mindestens ebenso logisch ist aber, dass die oft fehlende Mutter, dass das tägliche «Abgegebenwerden», dass das Gefühl, für die (wechselnden) Betreuungspersonen «nur» ein Kind unter vielen zu sein Urvertrauen und Selbstwertgefühl mindert. Vermindertes Urvertrauen und tiefer Selbstwert können Ursache sein von verminderter Fähigkeit zu tiefen Beziehungen, von Konzentrationsschwäche, mangelnder Durchhaltefähigkeit, von Lernstörungen – Folgen, die erst viel später aufbrechen.

Positiv ist Fremdbetreuung, wenn Eltern in desolaten Verhältnissen leben, das Kind vernachlässigen, überfordert sind – wenn sie nach dem Prinzip «Ruhe durch stundenlanges Fernsehschauen» erziehen. Für diese Fälle würden bestehende Krippenplätze genügen. Die Tatsache, dass viele Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen, den höchsten Beitragssatz bezahlen, zeigt ein anderes Bild: Krippenplätze werden von Paaren genutzt, welche es finanziell nicht nötig hätten. Sie lassen betreuen, weil sie arbeiten wollen, sich und dem Wohlstand zuliebe. Von der öffentlichen Hand subventioniert werden muss dieser Lebensstil nicht.

Drittens: Staatliche Doppelverdiener-Förderung ist unsozial

Die falsche Behauptung steht sogar in der Abstimmungszeitung: Für jeden in Betreuungsplätze investierten Franken würden drei in die Volkswirtschaft zurückfliessen. Diese Behauptung stützt sich auf eine Studie, die das Einkommen derjenigen einrechnet, die dank neuen Krippenplätzen einen Lohn erwirtschaften, statt ihre Kinder betreuen. Das sei zusätzlicher Steuerertrag und führe zur Erhöhung der Kaufkraft.

Tatsache ist: Mehreinnahmen für eine Gemeinde entsteht nicht durch eine Erhöhung der Krippenplätze, sondern durch die Erhöhung der Anzahl Beschäftigter. Die Anzahl Beschäftigter hängt von der Anzahl der Arbeitsplätze ab (nicht von den Krippenplätzen). Die Anzahl der Arbeitsplätze hängt vom Gang der Wirtschaft ab (auch nicht von den Krippenplätzen). Und auch für die Wirtschaft sind tiefe Steuern, Gebühren und Abgaben die bessere Therapie als Krippenplätze.

Während der Wirtschaftskrise ist die Arbeitslosigkeit angestiegen. Beispiele sind der stellenlose Bankkaufmann, der, bald fünfzig Jahre alt, zwei Kinder

und seine Frau ernährt. Oder der Familienvater, der am Flughafen entlassen wird. Angesichts dieser Schicksale mit Steuergeldern Doppelverdienern den Arbeitseintritt zu erleichtern ist unsozial.

Viertens: Wir können es uns nicht leisten

Die finanzielle Lage von Kanton, den Städten und vielen Gemeinden spricht gegen Mehrausgaben. Heute verursachen Krippenplätze Kosten der öffentlichen Hand von 53,4 Millionen Franken jährlich, 32,3 Millionen davon alleine in der Stadt Zürich. Der Kanton hat eine Studie durchgeführt, mit wenig erstaunlichem Befund: Je tiefer die Elternbeiträge, desto höher der Bedarf an Krippenplätzen. Sofern die Elternbeiträge 75 Prozent der Betreuungskosten decken, erhöht sich die Anzahl benötigter Betreuungsplätze bei Annahme von Initiative oder Gegenvorschlag von heute 9500 auf 17500, so die Studie. Rund doppelt so viele Plätze = rund doppelt so viele Kosten. In der kantonalen Finanzplanung sind im 1,2-Milliarden-Defizit für 2011 noch keine Betreuungskosten enthalten und wir stehen vor einer einschneidenden Sanierung der Kantonsfinanzen. Es werden Stellen abgebaut, Leistungen eingestellt, Lohnerhöhungen nicht gewährt. Stattdessen Krippenplätze zu schaffen ist ein schräges Unterfangen!

Das eigene Unglück bezahlen

Die Defizite in Gemeinden und im Kanton, welche heute durch ständig steigende Ausgaben (auch infolge neuer Krippenplätze) entstehen, werden einst die Steuerzahler der Zukunft bezahlen. Ausgerechnet jene Generation, die heute Morgen für Morgen in die staatliche Betreuung abgegeben wird. Sie finanzieren ihr eigenes Unglück im Nachhinein. So was dürfen wir an der Urne nicht annehmen!

SVP-Familieninitiative unterschreiben

Auch wer seine Kinder zu Hause betreut, soll die Betreuungskosten auf der Steuererklärung abziehen dürfen, genauso wie sich seit einigen Jahren Fremdbetreuungskosten pauschal abziehen lassen. Dies fordert die Familieninitiative der SVP. Eltern, die ihre Kinder weggeben, sollen steuerlich nicht besser gestellt bleiben als Eltern, die für ihre Kinder selber sorgen. Bestellen Sie die Initiativbogen und unterschreiben Sie!
www.familieninitiative.ch

Arbeitskräfte für Landwirtschaft und Gewerbe

Arbeitskräfte gesucht: Als Betriebsleiter als Temporärarbeitskräfte tages-, wochen- oder monatsweise für Bau-, Gartenbau, Industrie und Gewerbe

Arbeitskräfte im Angebot: Betriebshelfer / Gärtner / Bauarbeiter motivierte Arbeitskräfte

Maschinenring
Maschinenring zürich, 8820 Wädenswil, T 044 231 41 41
info@maschinenring.ch, www.maschinenring.ch

WELCOME TO TEMPUR®
Schlafen ist ein Kunstwerk.

GRATIS!
KOSTENLOSER TAGESTEST VON 09.05.10

Beim Kauf eines TEMPUR®-Bettsystems (Matratze und Bettsystem) erhalten Sie ein TEMPUR®-Dauertisch* im Wert von Fr. 549.– gratis!**

TEMPUR®-Schlafwochen bis 22. 5. 2010

*Größe: 180 x 210 cm
**gültig während der TEMPUR®-Schlafwochen.
Für weitere Auskünfte und Angebote fragen Sie Ihre TEMPUR®-Fachhändler.

STÖRCHLI MÖBEL-FAHUS
Industriestrasse 5
8820 Wädenswil
Tel. 044 931 17 50
www.moebel-stoerchli.ch

Aus ALT mach NEU!

Werfen Sie Ihre alte Polstergruppe nicht weg: Wir überziehen sie neu in Stoff und Leder.

Ein neuer Bezug lohnt sich fast immer!

Kostenlose Heimberatung
Rufen Sie uns an

29 Jahre Erfahrung
wideg ag

Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel. 044 935 25 46, info@wideg.ch
www.wideg.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch
info@schreinerei-ruetschi.ch

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessenanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

Neu in Wädenswil
Architekturbüro Fritschi
Umzug Lachen nach Wädenswil

Seestrasse 162, 8820 Wädenswil
Telefon 044 680 24 04
fritschi-architektur@bluewin.ch

Unser Spezialgebiet:
Um- und Anbauten jeglicher Art

Minergie-Umbauten:
Erdschicht / Sonnenkollektoren / Photovoltaik / Wärmepumpe / Fassadensanierungen

Wir sind:
zuverlässig, kostenbewusst und arbeiten rund um den Zürichsee

Chinareisli statt 2000-Watt-Ziel



VON CHRISTOPH
MÖRGELI

Sie kandidierte 1995 und 1999 erfolglos für den Ständerat. 2003 erfolglos für den Bundesrat. 2004 und 2006 erfolglos für den Regierungsrat. 2008 erreichte die ewige Kandidatin endlich das Ziel ihrer berufspolitischen Sehnsucht: Amt, Gehalt und Pension einer Zürcher Stadträtin. Hauptanliegen der endlosen Wahlkämpfe der Grünen Ruth Genner bildeten Luftverschmutzung, CO₂-Belastung, Fluglärm sowie «Begrenzung der Flugbewegungen». Diese Tage bestieg Stadträtin Ruth Genner ein Flugzeug und jettete nach China. Um die Stadt Zürich am 2. Mai bei der Eröffnungsfeier des Drei-Städte-Pavillons an der Weltausstellung in Schanghai zu vertreten. Obwohl ihr Zürcher Tiefbaudepartement China beim Ankauf von Steinen boykottiert. Dazu Genner: «Als Zulieferer kommt nur in Frage, wer nachhaltig, ökologisch und sozial produziert.»

Bevor sie auf Kosten der Steuerzahler nachhaltig, ökologisch und sozial durch die Lüfte entschwand, hinterliess Genner den Daheimgebliebenen eine Standpauke. Es sei wichtig, den Energieverbrauch pro Kopf von heute 6000 auf 2000 Watt zu dritteln. Die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft sei übrigens dank Initiative der Grünen in der Gemeindeordnung verankert worden: «Dieses Ziel ist aber immer noch eine relativ abstrakte Sache.» So abstrakt auch wieder nicht, um problemlos zu merken, dass Genners fernöstliche Flugreisen kaum 2000-Watt-tauglich sind.

Doch das Geschwätz einer 2000-Watt-Gesellschaft ist so richtig nach dem Geschmack von grünlinksliberalen Politikern. Die Vision wird auf 2050 datiert, so dass keiner der Visionäre die Umsetzung selber erleben oder gar mit einer Abwahl verantworten muss. Nicht einmal ein KV-Stift, der in einer Kleinstwohnung lebt und auf Auto und Fernreisen verzichtet, erreicht das 2000-Watt-Ziel. Dieses funktionierte nur mit diktatorischen Umerziehungsprogrammen, Verboten und Strafsteuern. Womit Lebensqualität durch Mobilität wieder zum Luxusgut der Reichsten würde – wie vor 300 Jahren.

Die Grünaktivisten der Schweizerischen Energie-Stiftung faseln von einer «neuen Lust am Zuhausebleiben». Stattdessen spürt Ruth Genner die alte Lust der Zürcher Stadträte nach Chinareisli. Weil Genner aber die 2000-Watt-Gesellschaft so hart durchsetzen will, gilt für sie nach der Heimkehr als harte Konsequenz: lebenslanges Kalduschen.

STEIGENDE AUSLÄNDERKRIMINALITÄT MUSS GESTOPPT WERDEN

Sicherheit schaffen: Ja zur Ausschaffungsinitiative

Aktuelle Zahlen beweisen: Noch nie gab es so viele Gewaltverbrechen wie heute. Dabei steigt die Ausländerkriminalität überproportional. Diese unhaltbaren Zustände bekämpft die SVP konsequent und hat darum 2007 die Ausschaffungsinitiative lanciert. Die anderen Parteien versuchen nun mit einem unbrauchbaren Gegenvorschlag, die griffige SVP-Initiative zu verwässern.



NATALIE RICKLI
NATIONALRÄTIN SVP
WINTERTHUR

Veton Kastrati. Teki Elshani. Mitat Catuzzo. Drei Ausländer. Drei Verbrecher. Diese drei Herren sind am Sonntagabend, 4. April, aus dem Gefängnis Willisau ausgebrochen. Ihre Fluchtpläne haben die drei Serben offenbar vor den Augen der Wärter auf Albanisch besprochen; sie dürften denn auch Kosovo-Albaner sein. Nach dem Nachtessen knedelten sie den Gefängnismitarbeiter, brachen ihm drei Rippen und schlossen ihn in einer Zelle ein. Danach türmten sie aus der Anstalt. Zunächst tönte es harmlos von Seiten der Behörden: Die Ausbrecher seien relativ ungefährlich. Gefängnisdirektor Zihlmann meinte, in seinem Gefängnis würden sich keine Schwerverbrecher aufhalten. Zwei der Täter seien Serben, Veton Kastrati sei Schweizer hiess es. Nun, da haben sich die Behörden gleich doppelt geirrt: Erstens ist Kastrati kein Schweizer, sondern hat einen serbischen Pass, und zweitens ist er den Behörden nicht unbekannt. Schon im Alter von 17 Jahren ist er wegen eines Raubüberfalls zu 8 Monaten nach Jugendstrafrecht verurteilt worden. Im selben Jahr wird Kastrati gleich wieder straffällig: Zusammen mit seinem Bruder greift er an einem Winzerfest drei Burschen an und verletzt sie schwer. Mit einem Messer und einem Werkzeug. Veton Kastrati wird wegen versuchter Tötung zu drei Jahren Haft verurteilt. Sein erwachsener Bruder erhält sieben Jahre. Bereits im Juni 2008 ist Veton Kastrati einmal ausgebrochen.

Diesen Ausbruch nützte er für einen weiteren Raubüberfall. Dafür hat er noch einmal vierzehn Monate kassiert. Zwei der Täter (Kastrati, Elshani) sind übrigens noch immer auf der Flucht.

Immer mehr kriminelle Ausländer – immer schlimmere Zustände
Veton Kastrati ist kein Einzelfall. Die polizeiliche Kriminalstatistik 2009 zeigt es deutlich: Noch nie gab es so viele Gewaltverbrechen wie heute. Die Zahlen sind eindrücklich – und beängstigend. In den vergangenen neun Jahren stiegen die Körperverletzungen von rund 5500 Fällen auf über 10000

Fälle. Auch die vorsätzlichen Tötungen, Vergewaltigungen, Raubüberfälle, Nötigungen, Unzuchtsdelikte oder Freiheitsberaubungen und Entführungen sind massiv angestiegen. Bei den Drohungen sowie Gewalt und Drohung gegen Staatsangestellte spricht das Bundesamt sogar von einem «Höchststand seit statistischer Messung». Das sind unhaltbare Zustände. Hier müssen wir etwas unternehmen.

Doch nicht nur die Zahl der Delikte steigt ständig an, sondern auch der Ausländeranteil. Fast die Hälfte der Gesetzesverstöße betrifft Ausländer. Und dies bei einem Ausländeranteil von offiziell 22 Prozent. Bei schweren Delikten gegen Leib und Leben beträgt die Ausländerquote oft über 50 Prozent. Bei Vergewaltigungen liegt der Ausländeranteil beispielsweise bei 62 Prozent. Und von den Insassen unserer Gefängnisse hatten 2009 über 70 Prozent eine ausländische Staatsbürgerschaft.

210 000 gültige Unterschriften gegen Ausländerkriminalität
Diese Zustände will die SVP bekämpfen. Und vor diesem Hintergrund hat unsere Partei darum im Sommer 2007 die Ausschaffungsinitiative lanciert. Dass über 210 000 Stimmbürger innert weniger Monate eine Volksinitiative unterzeichnen, kommt selten vor. Die hohe Zahl an Unterschriften zeigt: Im Bereich Ausländerkriminalität besteht enormer Handlungsbedarf. Dieses Problem brennt den Leuten unter den Nägeln.

Früher hatte ein Richter die Möglichkeit, eine sogenannte Landesverweisung auszusprechen. Heute ist es viel schwieriger geworden, ausländische Straftäter auszuweisen. Die Ausweisung ist eine verwaltungsrechtliche Massnahme. Bis ein straffälliger Ausländer tatsächlich des Landes verwiesen werden kann, muss oft ein kompliziertes Verfahren mit diversen Rekurs- und Einspruchsmöglichkeiten durchlaufen werden. Darum ist die Justiz faktisch handlungsunfähig. Und darum haben wir auch so schlimme Zustände in unserem Land.

Konsequente SVP-Politik

Seit vielen Jahren kämpft die SVP für mehr Sicherheit. Im vergangenen Juni hat die SVP im Nationalrat eine Sondersession zur «Verschärfung des Strafrechts» durchgesetzt. Zahlreiche

SVP-Vorstösse wurden überwiesen. Doch Ständerat und auch Bundesrat verweigerten sich einmal mehr. Dabei vergeht kein Tag ohne Schlägereien, Messerstechereien, Vergewaltigungen, Tötungen. Die Jugendgewalt wird immer brutaler und die Täter immer jünger. Der Ausländeranteil unter jugendlichen Gewalttätern ist kaum messbar, da viele von ihnen eingebürgert sind und als Schweizer gelten. Experten schätzen den Anteil der «Schweizer mit Migrationshintergrund» auf 75% – eine direkte Folge unserer fehlgeleiteten Einbürgerungspolitik. Dies sind natürlich auch die Auswirkungen der unkontrollierten Zuwanderung: Wir haben immer mehr Gewalt in der Schweiz.

Das sind die Resultate der Politik der «Linken und Netten». Viele Politiker haben den Ernst der Lage immer noch nicht erkannt. Anders ist es nicht zu erklären, dass sich CVP, FDP und SP lange überlegten, die Ausschaffungsinitiative für ungültig zu erklären. Den meisten Parlamentariern gefällte es nicht, dass die SVP zu diesem wichtigen Thema die Lösungsvorschläge präsentiert. Darum haben sie Interesse daran, die SVP-Initiative aus angeblich «juristischen Gründen» abzulehnen.

Resultat dieser Diskussionen ist nun ein sogenannter Gegenvorschlag, welcher der Ausschaffungsinitiative gegenübergestellt werden soll. Den meisten Parlamentariern ging es bei diesem Gegenvorschlag aber nicht um juristische Verbesserungen. Es ging ihnen einzig darum, dass die SVP die Wahlen nicht gewinnen darf. Und so hat der Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative verschiedenste Schwächen.

Schwammiger Gegenvorschlag

Vordergründig tönt der Gegenvorschlag gut. Er umfasst sogar mehr Delikte als die Ausschaffungsinitiative. So berücksichtigt der Gegenvorschlag z.B. auch Wirtschaftsdelikte. Nur: Dies ist auch mit der Ausschaffungsinitiative möglich. Die SVP-Initiative sieht ausdrücklich vor, dass der Gesetzgeber die Liste um weitere Tatbestände ergänzen kann.

Daneben enthält der Gegenvorschlag aber Bestimmungen, denen wir unter keinen Umständen zustimmen dürfen. So wird zum Beispiel in einem «Integrationsartikel» festgehalten,

dass Bund, Kantone und Gemeinden «bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die Anliegen der Integration» zu berücksichtigen hätten. Integration soll also neu zur staatlichen Aufgabe werden. Linken Begehrlichkeiten werden Tür und Tor geöffnet: So haben wir bald noch mehr Ausländertreffs oder subventionierte staatliche Integrationsprogramme. Zudem wird die Vereinfachung der Einbürgerungen weiter vorangetrieben. Kommt hinzu: Die Integrationsfrage betrifft ein ganz anderes Thema. Mit dem Gegenvorschlag soll der Bevölkerung also wieder eine Fragestellung unterbreitet werden, welche gegen die sog. Einheit der Materie verstösst und damit eine differenzierte Stimmabgabe verunmöglicht. Sie sehen also: Der Gegenvorschlag hat seine Tücken.

Gegenvorschlag lässt alles offen

Der Gegenvorschlag ist an verschiedenen Stellen äusserst schwammig formuliert und wirft zahlreiche Fragen auf. Eine Mindestdauer für den Landesverweis (SVP-Initiative: 5 Jahre) ist nicht gegeben. Ein «symbolisches Einreiseverbot» für 1–2 Jahre wäre also denkbar. Genau dies jedoch will die Ausschaffungsinitiative verhindern.

Sodann ist der Hinweis, dass die Grundprinzipien «des Völkerrechts» und der Bundesverfassung zu beachten seien, irreführend und relativiert die Wirksamkeit des Gegenvorschlags massiv. Es gibt keine Definition dafür, was «das Völkerrecht» ist – der entsprechende Hinweis ist viel zu allgemein. Solche Formulierungen eröffnen unzählige Möglichkeiten für Rekurse und Beschwerden. Den Gerichten sind kaum mehr Grenzen gesetzt, zugunsten der auszusprechenden Straflinge zu urteilen. Genau dies jedoch widerspricht der Zielsetzung der Ausschaffungsinitiative, welche einen wirkungsvollen Vorschlag zur Ausweisung krimineller Ausländer bieten will.

Fazit: Es braucht die Ausschaffungsinitiative!

Das Fazit ist klar und einfach: Wer will, dass wir Ordnung herstellen und kriminelle Ausländer ausschaffen können, muss die Ausschaffungsinitiative der SVP unterstützen. Die Chancen, dass dieses Volksbegehren auf eine Mehrheit von Volk und Ständen zählen kann, sind glücklicherweise gross.

Steuer gut, alles gut?

zac. Falls Sie darauf gewettet haben, dass der SC Bern Schweizer Meister wird, und Ihr überaus leichtfertiger Wettpartner seine Schuld bereits beglichen hat, können Sie sich glücklich schätzen. Aus Spiel und Wette entsteht nämlich gemäss Obligationenrecht «keine Forderung». Wettschulden müssen also von Gesetzes wegen nicht bezahlt werden. Sie gelten als Ehrenschulden. Wenn Sie hingegen an der Börse auf den Staatsbankrott Griechenlands wetten, oder wenn Sie einem Dritten das Recht verkaufen, in einigen Jahren eine noch nicht einmal ausgesäte Sojaernte zu einem bestimmten Preis zu kaufen oder zu verkaufen, obwohl Sie selbst in Ihrem Leben noch nie ein Sojafeld aus der Nähe gesehen haben, wird Ihnen der Richter seine Unterstützung nicht versagen.

Der Staat hält Spiele und Wetten also grundsätzlich für moralisch fragwürdig und möchte sie am liebsten verbieten. Dass demgegenüber Börsentransaktionen nicht nur geduldet, sondern rechtlich geschützt sind, obwohl sie häufig wesentlich spekulativer sind als Wetten

darüber, wer Eishockeymeister wird, hängt damit zusammen, dass der Staat davon sehr direkt profitiert: Von Stempelabgaben, Steuern der Banken und Steuern der Bankangestellten. Und nicht zuletzt mit Blick auf die Arbeitsplätze bin ich überzeugt, dass das richtig ist. Andererseits ist festzustellen, dass sich der Staat immer dann grosszügig zeigt, wenn es etwas zu verdienen gibt. So wurden erst Spielautomaten verboten, um daraufhin Casinos zu erlauben, was dem Staat wesentlich mehr einbringt.

Da gab es auch diese «Alcopops». Diese alkoholhaltigen Süssgetränke, die sich unter Jugendlichen grosser Beliebtheit erfreuten. Heerscharen von politischen Gesundheitsbetreibern wurden nicht müde, vor den sich öffnenden Abgründen menschlicher Tragödien zu warnen. Dem Problem wurde mit einer massiven Steuer zu Leibe gerückt. Nun verdient der Staat an dem klebrigen Gesöff wacker mit. Doch, sofern man den Fachleuten glauben kann, trinken Jugendliche deswegen nicht weniger Alkohol.

Ähnlich verhält es sich mit der Besteuerung von Zigaretten, mit der an-

geblich Raucher davon abgehalten werden sollen, ihrer Sucht zu frönen. Doch würden diese tatsächlich aufs Rauchen verzichten, würde man im Bundeshaus rasch sehr nervös. Jeden Tag entgingen der AHV sechs Millionen Franken, über 2,2 Milliarden im Jahr. Darum werden die Steuern auch immer nur gerade soviel angehoben, dass Auswirkungen auf das Kaufverhalten möglichst ausbleiben.

Genau gleich beim Umweltschutz, wo gerade der Kampf gegen die «Kernkompetenz» der Natur – der Wandel – Mode ist. Sie wollen CO₂ ausstossen? Kein Problem. Kaufen Sie einfach einige Klima-Zertifikate, und ein indischer Reisbauer muss dafür sein Feld etwas länger mit dem Ochsenkarren anstatt mit dem Traktor bestellen. Protektionismus und Ablasshandel in einem. Es scheint, als hätten sich unsere Politiker die Formel der spätmittelalterlichen Ablasshändler zu eigen gemacht: «Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt.» Es wird umverteilt, was das Zeug hält, und der Staat verdient kräftig mit. Moralischen Bedenken sind schwuppdiwupp verfliegen.

Ein weiteres Modethema sind derzeit die überriessenen Manager-Boni. Jeder hat dazu eine Meinung und kann seiner Empörung freien Lauf lassen – als ginge es um das eigene Geld. Selbst die FDP fährt mittlerweile «ihren Freunden» von gestern an den Karren. Dass sich in einer solchen Atmosphäre die Politik dazu berufen fühlt, einen gewichtigen Beitrag zu leisten, versteht sich von selbst. Und ebenso selbstverständlich – Sie ahnen es – besteht dieser in der unglaublich originellen Idee, Boni mit einer Sondersteuer zu belasten. In England haben die Banken bereits auf diese 50%-Steuer reagiert: Sie haben die Boni verdoppelt. Dem Staat kommt das höchst gelegen, schliesslich verdoppelt sich dadurch auch sein Anteil. Doch der Aktionär, den es eigentlich zu schützen gälte, reibt sich derweil die Augen und wünscht die Besteuerung von politischem Schwachsinn. Damit wären alle Probleme gelöst.

Erschienen in der «Berner Zeitung» vom 1. Mai 2010.

KANTONS RAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Kantonsrat konstituiert sich neu

Diese Woche stand die Konstituierung für das letzte Amtsjahr der laufenden Legislatur auf dem Programm. Der Kantonsrat wählte einen neuen Präsidenten, einen Vizepräsidenten sowie einen zweiten Vizepräsidenten. Zudem wurde Regierungsrat Ernst Stocker vereidigt und die Mitglieder der Geschäftsleitung gewählt.



YVES SENN
KANTONS RAT SVP
WINTERTHUR

Zum Präsidenten und «höchsten Zürcher» wurde Biobauer **Gerhard Fischer** (EVP, Bäretswil) gewählt. Als erster Vizepräsident ernannte der Kantonsrat **Jürg Trachsel** (SVP, Richterswil).

Der 48-jährige Anwalt gehört dem Kantonsrat seit fünfzehn Jahren an. In die Geschäftsleitung des Kantonsrats wurde **Hans Frei** (SVP, Regensdorf) gewählt.

Der 57-jährige Landwirt gehört dem Kantonsrat seit bald vierzehn Jahren an und amtiert als Fraktionspräsident der grössten Fraktion. Ebenfalls in die Geschäftsleitung des Kantonsrats wurde **Ursula Moor** (SVP, Höri) gewählt.

Die 55-jährige Gemeindepräsidentin von Höri gehört dem Kantonsrat seit elf Jahren an und amtierte im Jahr

2007/2008 als deren Präsidentin. Ebenfalls in die Geschäftsleitung wurde **Bruno Walliser** (SVP, Volketswil) gewählt.

Der 44-jährige Gemeindepräsident von Volketswil und Kaminfegermeister wurde vor elf Jahren in den Kantonsrat gewählt und übernimmt in der Geschäftsleitung das ehrenvolle Amt als erster Ratssekretär. Wir gratulieren den Gewählten herzlich und wünschen viel Erfolg im Amt.

Für die abgetretene Volkswirtschaftsdirektorin **Rita Fuhrer** (SVP) wurde der neue Regierungsrat **Ernst Stocker** (SVP) vereidigt.

Ernst Stocker wurde am 29. November 2009 mit 173 816 Stimmen von den Stimmbürgern des Kantons Zürich glanzvoll in den Regierungsrat gewählt. Mit der Vereidigung im Kantonsrat beginnt nun die Arbeit für Ernst Stocker als neuer Volkswirtschaftsdirektor.



Ursula Moor



Bruno Walliser



Ernst Stocker



Jürg Trachsel



Hans Frei

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Der Auftrag bleibt auf der Strecke



CLAUDIO ZANETTI
KANTONS RAT SVP
ZOLLIKON

Üblicherweise werden an dieser Stelle Beschlüsse des Kantonsrats sowie Voten der Parlamentarier kommentiert. Wir wollen es für einmal anders halten, und kommentieren etwas, das mit keinem Wort erwähnt wurde:

Letzten Montag eröffnete der Zürcher Kantonsrat ein neues Amtsjahr. Als äusseres Zeichen für diesen Anlass beginnt die Sitzung später und endet dafür früher. Und vor dem Apéro werden Reden gehalten. Da erfährt die Öffentlichkeit zum Beispiel, dass der neue Präsident eine kinderreiche Familie hat, Biowein mag und Süssmost produziert.

Auch von der abtretenden Präsidentin erfährt man einiges: Sie forderte für Zürich ein «neues Führungsverständnis» und insbesondere längere Amtszeiten – für den Kantonsratspräsidenten zwei statt ein Jahr, für den Regierungsratspräsidenten gar vier Jahre statt ein Jahr. Darüber hinaus verlangte sie im Regierungsrat ein neues Präsidialdepartement wie in der Stadt Zürich. Sichtlich niedergeschlagen darüber, dass unsere Verfassung aus gutem Grund eine einjährige Amtszeit vorschreibt, führte sie aus: «Jetzt, wo ich richtig ins Amt eingearbeitet wäre, muss ich es wieder abgeben.» – Offensichtlich gewöhnt man sich auch als in der Wolle gefärbte Grüne rasch an die Annehmlichkeiten eines Dienstwagens, der der «höchsten Zürcherin» oder dem «höchsten Zürcher» aus irgendeinem Grund zugestanden wird.

Dass eine (abtretende) Parlamentspräsidentin die Exekutive stärken will, ist an sich schon absurd, dass sie sich davon aber eine bessere Wahrnehmung der Verantwortung verspricht, macht die Sache grotesk. Kommt hinzu, dass für einmal Kantone wie Appenzell, Uri oder Glarus als grosse Vorbilder angeführt werden. Als die SVP die Übernahme

des Obwaldner Steuersystems vorschlug, hiess es, man könne doch das grosse Zürich nicht mit einem hinterwäldlerischen Agrarkanton vergleichen.

Dabei hätte genau ein solcher Schritt sehr positive Auswirkungen auf unseren Kanton und seine Bevölkerung. Doch um die Bevölkerung ging es letzten Montag nicht. Sie wurde von keinem Referenten auch nur erwähnt. Der eigene Posten und die damit verbundenen Vorteile sind wichtiger. Das Volk braucht es höchstens für die Finanzierung.



Entfernte sich zu sehr vom Volk und bezahlte dafür mit ihrem Kopf: Die französische Königin Marie Antoinette.

ZUM 1. MAI

Die Junge SVP fordert die Abschaffung des 1. Mai als Feiertag

Blinde Zerstörungswut, gewalttätige Auseinandersetzungen, Krawall und Aufruhr – dies die alljährlich wiederkehrenden Ausschreitungen am 1. Mai in der Stadt Zürich. Die Junge SVP des Kantons Zürich erachtet es als höchste Zeit, den 1. Mai als Feiertag endlich abzuschaffen.



ANITA BORER
PRÄSIDENTIN
JSVP ZH

Auch dieses Jahr hinterlassen die Demonstranten vom 1. Mai eine Schneise der Zerstörung. Ein 17-jähriger Jugendlicher wurde von einem Stein am Kopf getroffen und musste mit einem Kopfschwellenriss ins Spital eingeliefert werden. Etliche Steine und Flaschen flogen herum. Die Polizeikräfte wurden massiv mit Gegenständen beworfen, auch ein Polizist wurde dabei verletzt.

Diese Gewaltakte vom 1. Mai haben jedes Jahr einen gigantischen Polizeieinsatz zur Folge, welcher enorme Kosten verursacht, die schlussendlich der Steuerzahler zu berappen hat. Den Krawallbrüdern geht es nur ums Zerstören von Gegenständen und Einrichtungen. Der 1. Mai wird «Tag der Arbeit» genannt, aber das Gewerbe kommt durch die Zerstörungswut zu Schaden.

Anscheinend haben die Querulanten noch nicht begriffen, dass Gewalt selten zum Ziel führt. Greift die Polizei hart durch, muss sie mit Anzeigen und Klagen rechnen. Nur durch massiven Polizeieinsatz konnte dieses Jahr ver-

hindert werden, dass die Ausschreitungen sowie das Ausmass der Zerstörung im Vergleich zu den Vorjahren zunahm. Dies ist ein unhaltbarer Zustand.

Es ist absurd, einen solchen Tag als Feiertag zu bezeichnen. Der 1. Mai ist kein Feiertag, sondern eine Plattform für gewalttätige, oft auch noch minderjährige Zerstörer, die so nicht weiter bestehen darf. Die Junge SVP des Kantons Zürich fordert deshalb die unverzügliche Abschaffung des 1. Mai als Feiertag.

Gemütliches Beisammensein statt Strassenschlachten und Zerstörungswut

Am vergangenen Samstag, dem berühmt berüchtigten 1. Mai, bewies die JSVP Zürich Unterland erfolgreich, dass der 1. Mai auch anders gelebt werden kann, als durch Strassenschlachten und blinde Zerstörungswut, wie sie die linken Chaoten Jahr für Jahr auf Kosten der Steuerzahler verüben.

RAFAEL WOHLGEMUTH
PRÄSIDENT
JSVP ZÜRICH UNTERLAND

Wie schon in den vergangenen Jahren folgten viele Mitglieder der JSVP der Einladung der Sektion Unterland und der Familie Reinle vom Schnitzelhaus Frohsinn in Kloten. Zu Musik und «Gschwelli» à discrétion sowie einer stattlichen Anzahl an Gästen aus Kloten und Umgebung herrschte eine durchwegs gute Stimmung, die dem Motto «Fest statt Steine und Parolen» alle Ehre erwies. Die Veranstaltung

zeichnete sich auch dadurch aus, dass dann doch einige Mitglieder der JSVP und viele Gäste bis spät in die Nacht der Geselligkeit frönten. Die geistig reife Jugend – oder anders gesagt «die Generation der Zukunft» – hat dadurch wieder einmal mehr bewiesen, dass den alljährlichen Gewalt-Exzessen, wie sie leider auch dieses Jahr wieder die Strassen von Zürich prägten, mit Vernunft begegnet werden kann. Gespannt schauen wir auf die Entwicklungen der nächsten Jahre und hoffen, dass die Vernunft am Ende doch noch siegen wird.

Korrigenda

Bei der Grafik zum Artikel «SVP des Kantons Zürich – Wahlsiegerin der Gemeindewahlen» (Zürcher Bote, Nummer 17 vom 30. April 2010) stimmen einige Zahlen nicht mit den tatsächlichen Resultaten der Gemeindewahlen überein. So wurden die Anzahl Parlamentssitze der SVP in den Gemeinden Dübendorf, Opfikon und Schlieren falsch abgedruckt. Die SVP konnte im Jahr 2010 12 Sitze dazu gewinnen. Dies entspricht einer Steigerung von 8,7 Prozent gegenüber den Gemeindewahlen von 2006. Die Redaktion entschuldigt sich und veröffentlicht eine angepasste Übersicht.

Anzahl Sitze der SVP in den Zürcher Gemeindeparlamenten (inkl. JSVP)

	2006	2010	+/-	
Adliswil	8	10	+2	
Bülach	9	10	+1	
Dietikon	12	12	=	
Dübendorf	11	13	+2	
Illnau-Effretikon	11	12	+1	
Kloten	11	12	+1	
Opfikon	12	13	+1	
Schlieren	11	11	=	
Uster	10	10	=	
Wädenswil	8	10	+2	
Winterthur	11	13	+2	
Zürich	24	24	=	
Total	138	150	+ 12	+ 8.7 %

Parolen zur Volksabstimmung vom 13. Juni 2010

Kantonale Vorlage

A. Volksinitiative «Kinderbetreuung Ja» (Gesetz über die Kinderbetreuung)

NEIN

B. Gegenvorschlag des Kantonsrates: Jugendhilfegesetz (Änderung vom 7. Dezember 2009; familienergänzende Betreuung)

NEIN

C. Stichfrage
Welche der beiden Vorlagen soll in Kraft treten, falls sowohl die Volksinitiative als auch der Gegenvorschlag des Kantonsrates von den Stimmberechtigten angenommen werden?

Vorlage B (Gegenvorschlag)

GENERALVERSAMMLUNG DES MC SVP

10 Jahre Motorradclub der SVP

Die Mitglieder des Motorradclubs der SVP trafen sich zur Jubiläums-Generalversammlung in Kloten. Die erste Ausfahrt des Jahres führte die Mitglieder entlang der Grenze des Kantons Zürich.



Die Mitglieder des Motorradclubs erkunden die Grenzen des Kantons Zürich.

EMIL GRABHERR
PRÄSIDENT MC SVP

Es war ein wunderschöner, absolut flugfreier Abend in Geerlisberg ob Kloten, als sich die Mitglieder des Motorradclubs der SVP zu ihrer Jubiläums-GV trafen. Erstaunt waren wir schon, als da über ein halbes Duzend Motorradfahrer mit uns unbekanntem Gesichtern am Apéro-Tisch standen. Aber das Rätsel löfete sich rasch. Wie gewohnt haben wir den Präsidenten der örtlichen SVP als Gast geladen und da der Präsident der SVP Kloten, selber ein eingefleischter Motorradfahrer, pardon, Harley-Fahrer ist, hat er kurzerhand seine Motorrad fahrenden Parteimitglieder mitgenommen. Auch ein Vertreter der Jungen SVP beehrte uns. Und so fand man sich unter Gleichgesinnten zum politischen und technischen Gedankenaustausch.

Dunkle Wolken über den Häuptern
Nachdem es die dunklen Wolken über

der katholischen Kirche nicht schaffen, fuhr der liebe Gott ein stärkeres Geschütz auf und liess Asche über die Häupter der Europäer streuen, die, wie könnte es anders sein, in der Folge kopflos reagierten. Hanspeter Kasper, Präsident der SVP Kloten, brachte es auf den Punkt. Kein Fluglärm – kein Geld. Und damit hat er die grosse wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung unseres Flughafens unterstrichen, auch wenn wir uns alle wünschen, dass die Belastung für die Bewohner des Umfeldes so gut es geht in Grenzen gehalten werden.

Jubiläumsfeier zum zehnjährigen Bestehen

Wie üblich ging es nach dem statutarischen Teil zum gemütlichen Beisammensein, beim gemeinsamen Nachtessen. Man hat an der GV beschlossen, die anstehende Jubiläumsfeier losgelöst von Traktanden und Beschlüssen zu feiern. Wie und Wo wird sich noch zeigen. Auf alle Fälle soll es ein tolles Fest werden und wir hoffen

natürlich, dass die politische Elite unserer Partei uns bei diesem Anlass die Ehre erweist.

Besuch von Besenbeizen

Das Jahresprogramm steht, und nebst den Höcks in verschiedenen Zürcher Gemeinden soll die Sommerreise diesmal ins Elsass führen. Als Besonderheit treffen wir uns diese Saison für einmal nicht in Restaurants, sondern in ausgesuchten Besenbeizen. Damit zeigt der Motorradclub auch seine Affinität zum Bauernstand, der sich damit einmal mehr auf die SVP verlassen kann.

Grenzen des Kantons Zürich erleben

Auf allgemeinen Wunsch hin wurde die erste Ausfahrt vorverlegt und da diverse Pässe noch geschlossen sind, kam den Fährtenlegern eine besondere Idee in den Sinn. Man wollte entlang der Grenze des Kantons Zürich fahren. Vorab auf dem südlich Halbkreis, beginnend in Birmensdorf, über die Grenzgemeinden der Bezirke Affoltern und Horgen, quer über den Seedamm in den Bezirk Hinwil, mit den Gemeinden Rüti, Wald und Fischenthal, um dann in Sternenberg das gemeinsame Mittagessen einzunehmen. Waren wir am Morgen noch 12 Personen mit 10 Maschinen, gesellten sich in Sternenberg noch weitere 6 Mitglieder mit ihren Maschinen dazu. Eigentlich waren wir alle erstaunt über die beeindruckende Route, die unseren Kanton nicht nur wegen des Wetters von seiner sonnigen Seite zeigte, sondern uns auch landschaftlich wunderschöne Eindrücke vermittelte. Auf alle Fälle wurde am Mittagstisch beschlossen, dass wir den nördlichen Halbkreis ebenfalls so bald als möglich absolvieren wollen. Und während wir über die Höhenzüge von Winterthur kurvten, fragten wir uns ohne übertreiben zu wollen, was die Schweiz ohne den Kanton Zürich – und was dieser schöne Kanton wohl ohne die SVP wäre?

Nachruf für
alt Kantonsrat Hans Wickli

1949–2010

Als Mitgründer der SVP Dachsen 1986 durften wir Hans Wickli als gemütlichen und weitsichtigen Kamerad kennen lernen. Seine Verbundenheit mit Dachsen ist bewundernswert. Konnte er doch die vielen Meister, Rublis und Egglis mit dem Anhängsel Schnapser, Korber usw. in den richtigen Familienstamm einordnen. Hans durfte auch das Dorf Dachsen mitgestalten.

In seiner Amtszeit als Gemeinderat wurde das Gebiet westlich der Bahnlinie vollständig in den Zonenplan integriert und zur Überbauung freigegeben. Die Arbeit für das Dorf machte ihm Spass, so dass er nach acht Jahren Gemeinderat für das Präsidium vorgeschlagen und gewählt wurde. Volksnah und mit robustem Charme stellte er sich den neuen Aufgaben. Unverkrampt begegnete er den politischen Gegnern und prägte fast eine soziale Dimension in der Politik. Eine Lösung zu finden war ihm wichtig, so dass beide Parteien sich als Sieger fühlen durften. Hans konnte sein vernetztes Wissen auch als Vorstandsmitglied der SVP Bezirk Andelfingen und im Kantonsrat einsetzen.

Am Freitag, 9. April 2010, durfte er die offizielle Verabschiedung als Gemeindeoberhaupt geniessen. Viele feinfühlig Würdigungen aus Politik, Schule und Gemeinde liessen das Schaffen von Hans in Revue passieren. Ein dankender Händedruck von Vorstandsmitgliedern der Vereine und Einwohner rundeten bei «lüpfigem» Sound den Ehrenabend ab. Er freute sich, unbelastet einige Tage in seinem Ferienort auf Zypern zu verbringen.

Unerwartet und unfassbar erreichte uns die Nachricht am Dienstag vom endgültigen Abschied von Hans Wickli. Und es bleiben irgendwo Spuren seines Lebens: Gedanken, Erschaffenes, Augenblicke und Gefühle. Sie werden uns immer an ihn erinnern und ihn uns nie vergessen lassen. Wir denken mit herzlicher Verbundenheit an alle Familienangehörigen.

SVP Dachsen
Ruedi Schweizer

LESERBRIEFE

Das Problem ist der Euro

In zahlreichen Medien wird vermehrt über den griechischen Staatsbankrott berichtet. Dabei wird oft vernachlässigt, dass das eigentliche Problem nicht die angeblich verschwenderischen Griechen sind, sondern deren Währung. Natürlich ist es Fakt, dass die griechische Politik in den letzten Jahren nicht sparsam war und der Staat unvernünftige Investitionen getätigt hat. Dies alleine würde jedoch längst nicht zum Staatsbankrott führen. Hätte Griechenland noch eine eigene Währung, könnte es diese Situation mit einer Entwertung (im jetzigen Fall um etwa 40%) abfedern. Natürlich wäre eine solche Entwertung eine drastische Massnahme, sie würde jedoch zu steigenden Exporten und mehr Attraktivität für Touristen sorgen und somit Geld ins Land bringen. Andererseits würden die Importe schrumpfen, was den Geldabfluss reduzieren würde. Somit wirkt die eigene Währung als Puffer und führt zu einer ausgeglichenen Handelsbilanz. Der Euro verunmög-

licht jedoch eine individuelle, nationale Geldpolitik, und deshalb ist Griechenland auf Transferleistungen aus anderen EU-Staaten angewiesen. Da für Geberstaaten wie Deutschland ein weiterer Kurszerfall des Euros katastrophal wäre, sind sie gezwungen zu zahlen. Dass der Euro ökonomisch gesehen völliger Schwachsinn ist, zeigt sich wenn man bedenkt, dass weitere EU-Staaten wie Spanien, Italien oder Portugal ebenfalls vor dem Bankrott stehen und die EU diese genauso retten müsste. Dies würde wohl zum endgültigen Kollaps führen, denn die Hauptlast hätte wiederum Deutschland zu tragen, welches bereits jetzt Staatsschulden in der Höhe von rund 1702 Mrd. Euro aufweist. Als das Schweizer Stimmvolk 1992 (EWR) und 2001 über den EU-Beitritt entschied, war ich noch nicht stimmberechtigt und deshalb danke ich nachträglich allen, die diesen Blödsinn mit Überzeugung abgelehnt haben.

Benjamin Fischer, Volketswil

Vorverlegter
Inserateannahme-
und Redaktions-
schluss

Für die Nummer 19/2010
vom Freitag, 14. Mai,
muss infolge des Feiertages
«Christi Himmelfahrt» der
Redaktions- und
Inserateannahmeschluss

auf Dienstag, 11. Mai,
vorverlegt werden.
Texte: 12.00 Uhr,
Inserate: 15.00 Uhr

Wir bitten unsere Inserenten
und Mitarbeiter, diese Änderung
zu beachten.

Redaktion und Verlag

Lassen Sie sich vom Wetter nicht um den Lohn Ihrer Arbeit bringen.

Mit der Ackerbau-Pauschalversicherung sind Ihre Kulturen und Ihr Kulturland immer gut versichert – gegen Hagel und andere Naturgefahren.

Postfach, 8021 Zürich
Tel.: 044 257 22 11
Fax: 044 257 22 12
info@hagel.ch
www.hagel.ch

Schweizer Hagel
Suisse Grêle
Assicurazione Grandine
IM DIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Verstösst das Burka-Verbot gegen die Religions-Freiheit?

Nein! Die Freiheit der Religionsausübung hört dort auf, wo sie das sittliche Empfinden oder das Sicherheitsbedürfnis der Mitmenschen erheblich beeinträchtigt.

Beispiel A: Eine religiöse Sekte fordert von ihren Mitgliedern keinerlei Kleider zu tragen mit der Begründung, Gott habe Adam und Eva, wie alle andern Lebewesen auch, nackt geschaffen und sie nackt im Paradies leben lassen. Kleider seien daher eine Beleidigung Gottes und dessen Erschaffung.

Beispiel B: Extreme Muslime fordern von den Frauen, ihren Körper vollkommen zu bedecken (Burka etc.). Auch eine Beleidigung Gottes, denn das heisst: Du Gott, du hast es nicht

fertig gebracht, die Frau so zu erschaffen, dass sie sich in der Öffentlichkeit ohne Burka etc. blicken lassen darf.

Beide Extreme, die totale Nacktheit wie auch die totale Verhüllung, sind gegen elementare Bedürfnisse der Mitmenschen gerichtet. Die Nacktheit richtet sich gegen das sittliche Empfinden der Mitmenschen, und die totale Verhüllung richtet sich gegen das Sicherheitsbedürfnis der Mitmenschen. Die Überwachungskameras werden nutzlos. Unter der Burka können sich Frauen und sogar Männer mit verbrecherischer Absicht (Attentäter) verstecken, was ja bereits vorgekommen ist. Extreme sind immer hinderlich und daher abzulehnen.

Joseph Arnold, Oftringen

NEU:
airflow
Das Bett, das atmet.

Das airflow Prinzip leitet die Feuchtigkeit schnell durch die vertikalen Luftkanäle ab.

ZOLLINGER + CO AG
Hardhofstrasse 15, 8424 Embrach
Telefon: 044 869 10 75
www.rafzerfeld.com

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Die SVP bewegt

4. SVP-Grümpeltturnier

Samstag, 17. Juli 2010
ab 10 Uhr
Reitplatz, Winterthur-Töss

Grosses SVP-Grümpi mit Festwirtschaft, Pokalen, Plausch, Musik und vielem mehr!

Kategorien:
-Plausch Sie & Er (6 Spieler, davon mind. 2 Damen)
-Männer (keine Altersbeschränkung, 6 Spieler)

Promi-Spiel mit SVP-Politikern, u.a mit den Nationalräten Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, Toni Bortoluzzi, Capitain FC Nationalrat, Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich, und Jürg Stahl, Präsident Parlamentarische Gruppe Sport.

Teilnahmegebühr: CHF 50.- pro Team

Anmeldungen ab sofort im Internet über www.svp.ch oder per E-Mail merian@svp.ch
Auskünfte erteilt Jacqueline Merian (Tel. 031 300 58 58)
Anmeldeschluss: 5. Juli 2010

Sicherheit für die Bürger – Stopp der Ausländerkriminalität!

Die SVP-Delegiertenversammlung hat am vergangenen Samstag eine Resolution zur Ausländerkriminalität und zu den aus dem Schengen-Beitritt resultierenden Problemen verabschiedet. Sie hat dabei insbesondere eine Analyse zu den Schengen-Folgen in Auftrag gegeben, um im Herbst 2010 über eine allfällige Kündigung des Schengen-Vertrages zu befinden. Bis dahin soll keinen weiteren Gesetzesanpassungen und Zusatzausgaben im Zusammenhang mit Schengen zugestimmt werden.

ZB. Im Weiteren hat die Delegiertenversammlung ein klares Zeichen gegen die Illegalität gesetzt. Eine Legalisierung der «Sans-Papiers» wird konsequent abgelehnt. In diesem Bereich haben die Delegierten den Resolutionentwurf erweitert. Behörden verstossen heute bewusst gegen die Ausländergesetzgebung und decken illegale Aufenthalter. Insbesondere in Städten mit linken Regierungen greift dieser unhaltbare Zustand um sich. Die SVP-Delegierten wollen dies nicht weiter tolerieren. Sie verlangen, dass sämtliche heute vorkommenden Verstösse von Behörden gegen die Ausländergesetzgebung konsequent strafrechtlich verfolgt werden und fordern zudem die Möglichkeit, dass die Bürger sämtliche Steuern und Abgaben auf ein Sperrkonto einzahlen können, solange diese illegalen Zustände nicht behoben sind. Schliesslich haben die SVP-Delegierten ein klares Bekenntnis für die Ausschaffungsinitiative abgegeben. Der verwässerte Gegenvorschlag zur Initiative wird klar abgelehnt.

Resolution der SVP Schweiz

Die hohe Ausländerkriminalität, die zunehmende Tendenz, sogenannte «Sans-Papiers» zu legalisieren, sind Folgen einer unkontrollierten Einwanderung, die sich seit dem Schengenbeitritt der Schweiz im Jahr 2008 weiter verstärkt hat. Schengen macht die Schweiz unsicher: 14 Prozent der Kriminellen sind Kriminaltouristen und 4,4 Prozent Asylanten. Der Ausländeranteil in den Schweizer Gefängnissen liegt bei über 70 Prozent. Der Souveränitätsverlust ist mit der laufenden Übernahme von neuem Schengenrecht immens. Die Kosten von Schengen betragen nicht 7,4 Millionen Franken pro Jahr, wie vom Bundesrat versprochen, sondern liegen bereits bei über 50 Millionen Franken jährlich. Eine Vollkostenbetrachtung fehlt gänzlich. Vor diesem Hinter-

grund forderte die SVP-Delegiertenversammlung vom 1. Mai 2010 die Rückgewinnung der Handlungsfähigkeit im Ausländer- und Asylbereich und verabschiedete folgende Resolution:

- Die Delegiertenversammlung der SVP fordert ein Moratorium für alle weiteren Gesetzesanpassungen und die damit verbundenen Zusatzausgaben als Folge des Schengen-Abkommens, bis eine detaillierte Situationsanalyse der Schengen-Folgen (inkl. Vollkosten) vorliegt.
- Die Delegiertenversammlung der SVP beauftragt die Parteileitung, bis Herbst 2010 eine Bilanz über die Folgen des Schengen-Beitritts für die Schweiz vorzulegen. Im Dezember 2010 werden zwei Jahre

seit dem Beitritt vergangen sein. Sollten sich die Befürchtungen über die gravierenden Mängel und negativen Auswirkungen des Abkommens für die Schweiz bestätigen, muss eine Kündigung des Abkommens geprüft werden.

- Illegalität darf nicht legalisiert werden! Die Delegiertenversammlung der SVP wehrt sich gegen jegliche Bestrebungen, die darauf abzielen, den Status unrechtmässig anwesender Ausländer zu legalisieren. Alle Aktivitäten, die auf eine Legalisierung der «Sans-Papiers» zielen (Zugang zu Berufslehre, Krankenversicherung usw.), werden abgelehnt. Allfällige Gesetzesvorlagen des Parlaments sollen notfalls mit einem Referendum bekämpft werden. Ebenso

sind sämtliche heute vorkommenden Verstösse von Behörden gegen die Ausländergesetzgebung konsequent strafrechtlich zu verfolgen. Die SVP fordert die Möglichkeit, dass die Bürger sämtliche Steuern und Abgaben auf ein Sperrkonto einzahlen können, solange diese illegalen Zustände nicht behoben sind.

- Die Delegiertenversammlung der SVP stellt sich voll und ganz hinter die Ausschaffungsinitiative der SVP und lehnt den untauglichen Gegenvorschlag in der Version des Ständerates ab.

Delegiertenversammlung der SVP Schweiz vom 1. Mai in Näfels GL

Die ungeschminkte Schengen-Bilanz: Mehr Kriminalität. Mehr fremdes Recht. Mehr EU. Weniger Schweiz



HANS FEHR
NATIONALRAT
SVP EGLISAU

1. Die Schengen/Dublin-Versprechungen

Im Abstimmungsbüchlein für den 5. Juni 2005 hat der Bundesrat über die «Assoziierung an Schengen und an Dublin» das Blaue vom Himmel herunterversprochen:

Schengen ist im Interesse der Schweiz, bringt flüssigen Grenzverkehr, mehr Sicherheit, keinen Abbau von Zollanlagen (das stimmt, man lässt sie zum Teil einfach verfallen!), die Kontrollen an der Aussengrenze werden verschärft; Wirtschaft und Tourismus profitieren; es gibt beträchtliche finanzielle Einsparungen im Asylbereich; Souveränität und direkte Demokratie bleiben gewahrt; Schengen hat keinen Zusammenhang mit dem EU-Beitritt; es gibt einheitliche Kriterien für Visa (Gesuche werden eingehend geprüft); das Bankgeheimnis bei den direkten Steuern ist vertraglich abgesichert; die Schweiz wird Weiterentwicklungen des Schengen-Rechts, die das Bankgeheimnis betreffen, nicht übernehmen; die Mitsprache der Schweiz bei Weiterentwicklungen des Schengen-Rechts ist gewährleistet; die Minderaufwendungen wegen Dublin sind wesentlich grösser als die jährlichen Kosten von 7,4 Millionen für Schengen und Dublin.

2. Die Schengen-Realität Schengen ist ein Raum der Unsicherheit

Mit Schengen wurde ein «grenzenloses Europa» im Sinne des Schengener Evangeliums geschaffen, das das heisst: «Die Binnengrenzen dürfen an jeder Stelle ohne Personenkontrolle überschritten werden. Den zuständigen Grenzbehörden ist es damit verwehrt, überhaupt noch Binnengrenzkontrollen vorzunehmen. Mit der Befreiung der Grenzkontrollen entfällt die Verpflichtung, aufgrund des Überschreitens der Binnengrenzen ein gültiges Grenzübertrittsdokument vorzuzeigen oder vorzulegen.»

Diese Bestimmungen unter Artikel 2 des Schengener Durchführungsübereinkommens vom 26.4.1994 haben in der Tat ein «grenzenloses Europa» gebracht – grenzenlos insbesondere auch für illegale und kriminelle.

Schengen ist zum Unsicherheitsraum geworden. Und im Verbund mit der Personenfreizügigkeit und mit dem

derzeitigen Laisser-faire im Asylbereich hat Schengen zu einer unkontrollierten Zuwanderung mit gravierenden Folgen geführt.

Schengen zerstört unsere Souveränität

Mit Schengen hat sich die Schweiz fremdem Recht (dem bereits bestehenden Schengenrecht, dem «acquis communautaire») im Umfang von über 500 Seiten unterworfen.

Noch viel gravierender ist: Wir haben mit Schengen die Katze im Sack gekauft. Denn unter dem schönfärbischen Begriff «Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands» müssen wir konstant Anpassungen ans «dynamische» Schengenrecht, also neues fremdes Recht, übernehmen, und zwar ohne Mitentscheidungsrecht. Gegenwärtig behandelt der Bundesrat Weiterentwicklung Nr. 106, etliche sind in der Pipeline. Dabei stellen sich die politischen Instanzen bei diesen neuen fremden Gesetzen gar nicht die Frage, ob sie im Interesse der Schweiz sind – was von Schengen kommt, muss abgelehnt und angenommen werden. Sonst könnten wir ja noch unseren Schengen-Beitritt aufs Spiel setzen! Mit Schengen wurde die Schweiz zur Befehlsempfängerin Brüssels degradiert. Dies vor allem im Asyl- und Ausländerrecht, in den Bereichen Grenzkontrolle, Visapolitik, Waffenrecht, im Justiz- und Polizeibereich, im Finanz- und Steuerbereich, beim Staatsrecht und beim Betäubungsmittelrecht.

Die zwingende Übernahme der nächsten 100 «Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands» (die man in Bundesbüchern eifrig beklatschen wird), ist eine Frage der Zeit. Das bringt für unser Land einen immer grösseren Souveränitätsverlust. Wir haben immer weniger zu sagen und immer mehr zu zahlen.

3. Die Schengener Negativ-Bilanz: konkrete Beispiele

- Löcherige Aussengrenze: Die angeblich sichere Schengen-Aussengrenze ist löcherig wie ein Emmentaler Käse. Namentlich die südliche Aussengrenze ist laut der EU-Kommission praktisch unkontrollierbar geworden. Die Behörden melden zwar immer wieder triumphierend die Festnahme von einigen Kriminellen und loben das Schengener Informationssystem SIS. Aber nachdem Heerscharen von Kriminaltouristen dank Schengen unbehelligt in unser Land kommen,

wollen wir doch hoffen, dass wenigstens ein paar zusätzliche Kriminelle verhaftet werden!

Tatsache ist, dass gesamtschweizerisch, und vor allem in den grossen Grenz- oder grenznahen Städten, die Kriminalität stark ansteigt. In Basel gehen 56% der Strafanzeigen auf die importierte Kriminalität zurück.

Obwohl in den letzten 10 Jahren rund eine halbe Million Ausländer eingebürgert wurden, zeigt die polizeiliche Kriminalstatistik 2009 vor allem bei den Gewaltverbrechen einen erschreckend hohen Ausländeranteil. Bei den Tötungsdelikten sind es 59,1%, bei Vergewaltigungen 62%. Der Ausländeranteil in unseren Gefängnissen lag 2009 bei 70,2%.

Im Genfer Gefängnis Champ-Dollon sind von den 3100 Insassen gar 90,5% Ausländer und nur 9,5% Schweizer. Schengen lässt grüssen.

- Visahoheit nach Brüssel delegiert: Wir können nicht mehr frei entscheiden, wer für die Einreise in unser Land ein Visum braucht. Seit dem 19.12.2009, also quasi als Weihnachtsgeschenk, gilt auch für Serbien, Montenegro und Mazedonien (die noch nicht zu Schengen gehören) die Visafreiheit für den ganzen Schengenraum, also auch für die Schweiz. Seither kommen regelmässig viele Cars mit solchen «Touristen» in die Schweiz.
- Auch im Schengenbereich zählen eben knallharte Eigeninteressen. Aussenpolitik ist Interessenpolitik. Nur der Bundesrat hat das noch nicht begriffen! Das Dublin-Abkommen (Asylbereich) funktioniert schlecht: Südländer wie Italien, Griechenland oder Spanien setzen neue Asylbewerber nur zum Teil auf die Datenbank «Eurodac». So können diese nach der «Weiterreise» nach Norden (in die attraktive Schweiz) nicht ins Erstasylland überstellt werden. Im Jahre 2009 mit 16 005 neuen Asylgesuchen, betrug die effektive Rückübernahmequote durch «Erstasylländer» nur rund 10%. Statt der «beträchtlichen finanziellen Einsparungen» im Asylbereich wurden 2009 Nachtragskredite von 159 Millionen Franken beschlossen, die Kosten für das Asylwesen dürften 2010 bei gegen 1 Milliarde Franken liegen. Unser Bundesverwaltungsgericht (früher Asylrekurskommission) sorgt zusätzlich dafür, dass Dublin

nicht funktioniert: Rückschaffungen ins Erstasylland Griechenland werden regelmässig gestoppt, weil die Rechtslage für Asylanten dort «ungenügend» sei. («TA», 5.1.2010)

- Die vom Schweizer Volk beschlossene Ausschaffungshaft von maximal 24 Monaten muss wegen Schengen auf maximal 18 Monate verkürzt werden. Falls die Ausschaffung nach Ablauf dieser Frist nicht erfolgt, müssen Ausschaffungshäftlinge freigelassen werden. Eine EU-Richtlinie, die durch alle Schengen-Staaten zwingend übernommen werden muss, verlangt nun auch noch unabhängige Beobachter bei Zwangsausschaffungen.
- Eine erneute Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands, vom Bundesrat am 31.3.2010 beschlossen, verlangt folgendes: Ausländer, die ein nationales Visum für einen mehr als dreimonatigen Aufenthalt in einem Schengenstaat haben, können neu im gesamten Schengenraum herumreisen, also auch in der Schweiz.
- Kostenexplosion: Der jährliche Kostenbeitrag der Schweiz für den Schengen-Aussenfonds beträgt statt den 7,4 Millionen Franken (die im Abstimmungsbüchlein genannt wurden) rund 50 Millionen Franken, wenn man eine Vollkostenrechnung macht. Überdies müssen wir ein neues Verwaltungs- und Kontrollsystem aufbauen, bestehend aus einer «zuständigen» Behörde, einer «Bescheinigungsbehörde» und einer «Prüfungsstelle». Dazu kommen die Anpassungen für die Schengen-Infomatik von rund 150 Millionen Franken zu Beginn des Schengener Informationsprojektes. So teuer und so perfekt war Selbstentmündigung wohl noch nie!
- Verschärftes Waffenrecht: Die Schweiz muss u.a. ein computergestütztes Waffenregister einführen, die Daten 20 statt 10 Jahre aufbewahren, die Kennzeichnungspflicht ausweiten etc.
- Angriff auf das Bankkundengeheimnis: Eines der wichtigsten bundesrätlichen Ziele beim Schengenbeitritt war angeblich die Wahrung des Bankkundengeheimnisses. Entsprechend figurierte der Begriff «Bankgeheimnis» 41-mal in der bundesrätlichen Botschaft zu den Bilateralen II. Im Text des Abkommens sucht man den Begriff jedoch vergeblich. Dennoch verkündete

Bundesrat Deiss damals: «Das bedeutet, dass wir im Kern das Bankgeheimnis völkerrechtlich verankert haben. Das ist ja das Fantastische.» («Weltwoche», 26.5.2005). Der Bundesrat hat sozusagen erfolgreich gelogen.

Das «Fantastische» hat sich längst zum Gegenteil gewandelt: Schon damals hat Xavier Oberson, ein renommierter Genfer Universitätsprofessor, vor der Schwächung des Bankkundengeheimnisses gewarnt, denn die EU-Beamten dürften in unserem Land schnüffeln und die gesammelten Informationen für andere Zwecke – etwa für den Bereich der direkten Steuern – verwenden.

Das Schengen-Informationsaustausch-Gesetz, seit dem 1.1.2010 in Kraft, verpflichtet die Schweizer Behörden zur unaufgeforderten Weitergabe von Informationen und Daten, «die bei Strafverfolgungsbehörden vorhanden sind», bzw. die für die Verhütung und Verfolgung gewisser Straftaten (auch im Finanz- und Steuerbereich) von Bedeutung sein können. Das Ganze ist eine Vorstufe zum automatischen Informationsaustausch.

- Etappe zum EU-Beitritt: Schengen, zurecht als Trojanisches Pferd bezeichnet, dient immer mehr der Vorbereitung für den EU-Beitritt der Schweiz.

4. Zeit, die Fakten auf den Tisch zu legen

Mit dem Beitritt zum Schengen/Dublin-Abkommen hat die Schweiz das fundamentale Recht eines souveränen Staates, nämlich die Kontrolle über sein Territorium und die Einreisen, geopfert. Und dafür haben wir auch noch Millionen und Abermillionen zu zahlen.

Nachdem das Schweizer Volk mit Schengen angelogen wurde, ist es an der Zeit, die Fakten zu diesem Abkommen und seinen Folgen transparent auf den Tisch zu legen. Der Bundesrat muss nun endlich eine detaillierte Situationsanalyse der Schengen-Folgen (inkl. Vollkostenrechnung) vorlegen. Bis dahin braucht es ein Moratorium für neue Schengen-Gesetzesanpassungen und damit verbundene Zusatzausgaben. Sollte die ehrliche und transparente Analyse die Befürchtungen über die gravierenden Mängel und negativen Auswirkungen des Abkommens für die Schweiz bestätigen, muss das Abkommen meiner Ansicht nach gekündigt werden.

Fadegrad

Rauchzeichen



VON MARTIN
BÜRLIMANN

«Das ist eine besondere Pfeife, die wir geraucht haben, Vater, ich möchte mehr darüber wissen.»

Schweigend nahm er die Pfeife aus der Hülle und zeigte mir die eingravierte Inschrift im Pfeifenkopf. «Es ist das Ehren-Wort meines Volkes, das Motto unseres Lebens.» Er nickte ernst. «Friede ohne Sklaverei.»

Dies erfuhr der Adoptivsohn von Crazy Horse, dem letzten Kriegshäuptling der Oglala-Indianer in Dakota. Mit dem Rauch der Pfeife wurde der Ankömmling als Sohn des Volkes aufgenommen. Kein Vertrag wurde gebrochen, an dem sie geraucht wurde; die wildeste Schlacht endete augenblicklich, wenn ein Krieger die Pfeife in die vorderste Reihe trug.

Allen Naturvölkern eigen ist der Rauch. Rauch als Teil der kultischen Handlung, und Rauch als Zeichen der Geselligkeit. Maya, Aborigines, Maori, Sioux, Azteken und Pygmäen – unendlich verschieden, aber eines gemeinsam: Sie alle verbrennen Kräuter in Ritualen und der Rauch hat Symbolik und Kraft; und sie alle rauchen bei Festen.

Ob im «Bären» im Muotathal, im Appenzeller «Rössli» oder im «Nordbruggli» in Wipkingen: Es raucht. Im «Bären» und im «Rössli» gilt Stöckstich-Wyys, eine Faust knallt das Trumpf As auf den Jassteppich und zum Kafi Träsch qualmt der Villiger Kiel. Ohne Jasskarten, aber mit Wodka Orange und Bier raucht das Mitternachts-Partyvolk in der «Nordbrücke» und anderswo und amüsiert sich.

Bis jetzt. Denn seit einigen Tagen gilt befohlene Gesundheit. Im Kanton Zürich und in 12 anderen Kantonen gelten neu strenge Regeln für Raucher. Immerhin, der helvetische Föderalismus wirkt als Retter der Vernunft: Anders als in der gelobten EU, wo Beamten Krümmung der Gurken und Milliardenhilfe für bankrotte Staaten ohne Volksabstimmung befehlen dürfen, wächst hierzulande der Widerstand von unten. Nicht rauchen in der Geburtenabteilung, rauchen in der Mitternachtsbar – irgendwie wird es sich einpendeln.

Falls nicht die Weltverbesserer durchdrehen: Die Stiftung Pro Aere hat ein Merkblatt verfasst, wie Verstösse gegen das Gesetz verzeigt werden können. Pro Aere formuliert im Internet Musterbriefe, um gegen ignorante Raucher vorzugehen. Die praktischen Anleitungen dienen «für den Fall, dass Sie auf Uneinsichtige stossen», heisst es.

In der DDR gab es die Volkskontrolle, jeder durfte jedem in die Tasche schauen und ihn anzeigen. Die «Volksschädlinge» – so die offizielle Bezeichnung – wurden dann aus dem «Volkskörper» entfernt.

Wen trifft es nach den Rauchern? Autofahrer? Biertrinker? Die Viel-Schokolade-Esser? Ganz harmlos sind die Wächter der Volksgesundheit nicht. Vor hundert Jahren kam die Hygiene-Bewegung auf, sie wuchs zum Hygiene-Wahn und endete schliesslich tragisch und schrecklich in der Rassen-Hygiene. Davon sind wir noch weit weg, aber der Schritt vom Bemutterungs-Staat zum Bevormundungs-Staat ist klein.

NEUGESTALTUNG SCHMIEDE WIEDIKON

Quartierabwertung statt Quartieraufwertung

Die Stadt Zürich beabsichtigt im Rahmen des Strassenbauprojekts Birmensdorferstrasse die Schmiede Wiedikon für den motorisierten Individualverkehr und den Veloverkehr zu sperren und stellt dieses Vorhaben unter den Deckmantel einer «Quartieraufwertung».



ROLAND SCHECK
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 3

Das vorliegende Konzept einer Quartieraufwertung rund um die Schmiede Wiedikon funktioniert in dieser Form nicht und stösst bei der betroffenen Quartierbevölkerung auf massiven Widerstand. Die belastenden Konsequenzen und negativen Auswirkungen auf das umgebende Quartier werden ignoriert. Die Schliessung der direkten Verkehrsachse auf der Höhe von Gasthof Falken und Kreisgebäude führt einerseits zur unhaltbaren Belastung von Quartierstrassen. Andererseits entsteht gefährlicher Mischverkehr im Bereich der Haltestelle (Anlieferung und Gästeparkplätze Gasthof Falken, Polizeieinstellgarage, Rettungsfahrzeuge wie Feuerwehr und Sanität). Zudem wird der zurzeit einzige Begegnungsort

zwischen Löwenbrunnen und Ecke Birmensdorferstrasse-Zurlindenstrasse verkleinert und entgrünt.

Die Neugestaltung wertet Quartierstrassen ab und führt zu unerträglichen Staus.

Mehr Lärm und Luftverschmutzung

Durch die geplante Verkehrsführung wird sich der umgeleitete motorisierte Individualverkehr in der Zurlindenstrasse ab Birmensdorferstrasse Richtung Zweierstrasse verdoppeln bis verdreifachen. Dazu kommt noch, dass der Verkehr stadtauswärts neu über eine weitere Lichtsignalanlage bei der Kreuzung Zurlinden-/Zweierstrasse geführt wird und dies in einer Distanz von 200 Metern. Es ist voraussehbar, dass sich mit der neuen Verkehrsführung und sich dem daraus ergebenden Verkehrsstau ein Teil des Individualverkehrs als Schleichverkehr in Nebenstrassen oder Wohnzonen mit Tempo 30 ergossen wird, z.B. in die Sta-

tionsstrasse oder in die Kalkbreitestrasse.

Die zu erwartende Überbelastung des Verkehrssystems rund um die Schmiede Wiedikon führt für die betroffenen Anwohner (Wohnungsmieter, Wohnungseigentümer und Altersheim) zu zusätzlichen Belastungen durch Lärm und Luftverschmutzung, die massiv oberhalb des Erträglichen liegen. Die im Projekt eingeplanten Lärmschutzmassnahmen bestätigen diese Aussage. Man stelle sich die Situation in einer heissen Sommernacht bei geschlossenen – von der Stadt finanzierten – Schallschutzfenstern an der Zurlinden- und der Zweierstrasse vor.

Überdimensionierte Haltestelle

Die Schmiede Wiedikon wird in Zukunft von zusätzlichen Postautokursen in beiden Richtungen durchfahren und verwandelt sich so zu einer Hyper-ÖV-Spur, welche die Idee der Verkehrsberuhigung ad absurdum führt. Berech-

nungen ergeben, dass auf der umgestalteten Haltestelle ein vermehrter Fluss von Trams, VBZ-Bussen und Postautokursen zu erwarten ist: ungefähr 47 öffentliche Verkehrsmittel pro Stunde. Wer unter diesen Umständen von Verkehrsberuhigung spricht, verschweigt wichtige Tatsachen.

Die Schmiede Wiedikon wird aus diesen Gründen auch nach der vorgesehenen Umgestaltung – entgegen den Behauptungen der Stadt Zürich – weder ein Platz zum Flanieren sein noch Zentrumswirkung haben. Vielmehr wird sie zu einer überdimensionierten Haltestelle zwischen Bahnhof Wiedikon und Goldbrunnenplatz, wo der öffentliche Verkehr auf einer wichtigen innerstädtischen Strasse das Zentrum Wiedikons durchquert. Die städtebauliche Situation verhindert, dass ein Platzgefühl aufkommen kann. Auch mit den vorgesehenen Möblierungsmassnahmen entsteht noch kein Platz. Damit schafft man höchstens eine lächerliche Karikatur auf einem Restgrundstück zwischen Amtsgebäude und Gasthof Falken.

Der Objektkredit wird als Quartieraufwertung verkauft und gelangt am 13. Juni 2010 zur Volksabstimmung. In Wahrheit führt die Neugestaltung für die betroffenen Anwohner zur Quartierabwertung. Aus diesen Gründen ist der Objektkredit abzulehnen.

ABBRUCH DER ÜBUNG

Keine weiteren 1.-Mai-Aktivitäten mehr in Zürich

Auch dieses Jahr kam es im Anschluss an den offiziellen 1.-Mai-Umzug zu Strassenschlachten im Langstrassenquartier. Zudem gab es erneut verletzte Personen. Die SVP der Stadt Zürich fordert, dass in Zukunft keine Bewilligungen für die 1.-Mai-Aktivitäten erteilt werden sollen.



GEMEINDERAT
MAURO TUENA
FRAKTIONSCHIEF
SVP ZÜRICH 4/5

Nur dank dem massiven Aufgebot und dem energischen und harten Durchgreifen der Stadt- und Kantonspolizei Zürich konnten gegenüber den vergangenen Jahren noch grössere Ausschreitungen und massivere Sachbeschädigungen vermieden werden. Es zeigt sich deutlich, dass nur konsequentes und sofortiges Durchgreifen seitens der Polizei, wie es die SVP schon jahrelang fordert, Wirkung zeigt. Die Taktik der Einkesselungen und massiven Verhaftungen auch der Gaffer hat sich auszahlt. Die SVP der Stadt Zürich dankt allen Polizeimitarbeitenden, die am diesjährigen 1. Mai einmal mehr unter schwierigen Bedingungen im Einsatz gewesen sind. Dass sich das 1.-Mai-Komitee nicht an die polizeiliche Bewilligung bezüglich Start des Festes

im Kasernenareal gehalten hat, wirkte sich für die Polizeiarbeit erschwerend aus.

Für die SVP der Stadt Zürich ist klar, dass gemessen am Aufwand und Ertrag keine 1.-Mai-Aktivitäten mehr in Zürich bewilligt werden dürfen. Jedes Jahr müssen unzählige Gewerbetreibende und Anwohner des Kreises 4 im Vorfeld ihre Ladenlokale und Liegenschaften verbarrikadieren. Sachschäden, die auch dieses Jahr wieder stattfanden, müssen sie grösstenteils aus eigener Tasche bezahlen. Dass an jedem 1. Mai für die Anwohner des Kreises 4 ein regelrechter Ausnahmezustand gilt, ist ebenfalls nicht hinnehmbar.

Die hohen Kosten für den immensen Polizeieinsatz von Stadt- und Kantonspolizei ist dem 1.-Mai-Komitee – analog den Sportclubs – in Rechnung zu stellen. Zudem muss das 1.-Mai-Komitee für das erneute Nichteinhalten der polizeilichen Bewilligung bezüglich Beginn des 1.-Mai-Festes verzeigt werden.

Einladung zur Mitgliederversammlung SVP Zürich 8

Dienstag, 18. Mai 2010, 19.30 Uhr
Restaurant Hegibach, Neumünsterstrasse 34, 8008 Zürich

Traktanden

1. Begrüssung
2. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 5. Mai 2009
3. Jahresbericht
4. Genehmigung der Rechnung des Geschäftsjahres 2009
5. Festlegung des Jahresbeitrages
6. Wahl des Vorstandes
7. Antrag H.-P. Amrein: Zusammenarbeit Kreisparteien 7 und 8
8. Jahresausblick
9. Verschiedenes
10. Schluss

Im Anschluss: Referat von Nationalrat
Hans Fehr: «Aktuelles aus Bundesbern»

Wir freuen uns, Sie begrüssen zu dürfen.



LESERBRIEF

Eine problematische Aussage von Herrn Türler

Wie aus der Presse zu erfahren war, machte der Zürcher Stadtrat Andreas Türler die Aussage, dass der 1. Mai zu Zürich gehöre wie das Sechseläuten und das Knabenschieszen. Diese Aussage von Herrn Türler finde ich mit Verlaub sehr problematisch. Ich habe noch nie gehört, dass es bei diesen Veranstaltungen zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen wäre. Im Übrigen finde ich es mehr als penibel,

Herrn Türler allein im Regen stehen zu lassen. Alle anderen Stadträte haben sich wohlweislich aus dem Staub gemacht und geniessen ihre Ferien. Dies finde ich in einer so heiklen Situation wie der 1. Mai in Zürich nun einmal ist, eines Gesamt-Stadtrates unwürdig. Frei nach dem Motto: Stadtrat Türler wird's schon richten.

Helmut Kiesalter, Zürich



Einladung zur Delegiertenversammlung der SVP der Stadt Zürich

Donnerstag, 20. Mai 2010, 19.30 Uhr
Hotel-Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10,
8052 Zürich, Telefon 044 308 34 00
(Tram Nr. 14 bis Endstation Seebach / PP vorhanden)

Traktanden

1. Begrüssung / Mitteilungen
2. Wahl der Stimmzähler
3. Parolenfassung zu den folgenden städtischen Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni 2010:
 - **Schmiede Wiedikon u. Umgebung, Neugestaltung Strassenraum, Objektkredit 3,154 Mio. Franken**
Referenten: JA Gemeinderat Markus Knauss (Grüne)
NEIN Gemeinderat Roland Scheck (SVP)
 - **Standortbeitrag und Landabtretung zwecks Erweiterungsbau des Schweizerischen Landesmuseums von 10 Mio. Franken**
Referenten: JA Gemeinderat Rolf Stucker (SVP)
NEIN: Nationalrat Dr. Christoph Mörgeli (SVP)
 - **Volksinitiative «Freie Allmend»**
Referent: Kantonsrat Christopher Vohdin (SVP)
 - **Volksinitiative «Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich»**
Referent: Gemeinderat Roger Liebi (SVP)
4. Wettbewerb SVP-Mitgliederwerbung
Preisverteilung an die Gewinner durch Margrit Haller, Präsidentin SVP Frauengruppe Stadt Zürich
5. Diverses

Mit freundlichen Grüssen
SVP der Stadt Zürich
Gemeinderat Roger Liebi,
Stadtparteipräsident

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher



Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

VORANKÜNDIGUNG

18. Zürcher Ratsherren-Treffen
Dienstag, 11. Mai 2010, im Bezirk Affoltern.

SVP-KANTONSRAATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 10. Mai 2010, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Hinwil / Wetzikon
Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenhaus, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon
Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Illnau, U30-Stamm (Jahrgang 1977 und jünger).

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstagsapéro, QN-Bar, Effretikon.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Altstadt, Matenbach, Veltheim und Töss
Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, in der Café Bar Lifestyle, Schaffhauserstrasse 64, Winterthur.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Parteihöck, im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Christoph Romer und Claudio Zanetti diskutieren in der nächsten Talksendung «CC Talk» auf Star TV mit

Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich, und Dr. Hasan Taner Hatipoglu, Präsident des Vereins muslimischer Organisationen Zürich (VIOZ),

über die Frage, ob Islam mit einer Demokratie westlichen Zuschnitts kompatibel ist?

Erstausstrahlung: nächsten Donnerstag, 19.00 Uhr, oder politik.ch

Stadt Zürich / Kreis 7
Sonntag, 1. August 2010, 10.00–13.00 Uhr, beim Restaurant Degenried, Degenriedstrasse 135, Zürich, 1.-August-Fest mit Gastrednerin Nationalrätin Natalie Rickli. Veranstalter: Urs Fehr, Präsident Kreis 7.

Dienstag, 28. September 2010, 19.00 Uhr, Restaurant Elefant, Zürich, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Banken / Schweiz» mit Gastredner Roger Liebi, Präsident der SVP der Stadt Zürich und Nationalrat Alfred Heer, Präsident der SVP des Kantons Zürich. Veranstalter: Urs Fehr, Präsident Kreis 7.

Stadt Zürich / Kreis 8
Dienstag, 18. Mai 2010, 19.30 Uhr, Restaurant Hegibach, Neumünsterstrasse 34, Zürich, Mitgliederversammlung. Im Anschluss Referat von Nationalrat Hans Fehr zum Thema «Aktuelles aus Bundesbern».

Stadt Zürich / Kreis 9
Dienstag, 18. Mai 2010, ab 18.30 Uhr, Restaurant Roter Stein, Herrligstrasse 39, Zürich, Höck.

Freitag, 9. Juli 2010, ab 18.00 Uhr, Schützenhaus Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Grillplausch.

Dienstag, 7. September 2010, Ausflug / Besichtigung – Details folgen.

Donnerstag, 28. Oktober 2010, ab 18.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Badenerstrasse 357 (beim Albisriederplatz), Zürich, Höck.

Freitag, 3. Dezember 2010, ab 19.00 Uhr, Schützenhaus Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Chlaushöck.

Stadt Zürich / Kreis 10
Samstag, 28. August 2010, ab 16.00 Uhr, Armbrustschützenhaus Höngg, SVP-Sommer-Grill.

Stadt Zürich / Kreis 11
Freitag, 7. Mai 2010, 19.30 Uhr, Bowling-Center Sperletwies, Glattalstrasse 40, Zürich, Bowling-Abend für Junge und Junggebliebene. Anmeldungen pia.castegnaro@bluewin.ch.

Freitag, 21. Mai 2010, 19.30 Uhr, im Foyer des Hotel Restaurant Kronenhof, Wehntalerstrasse 551, Zürich-Affoltern, Generalversammlung.

Freitag, 18. Juni 2010, ab 18.30 Uhr, Felsenrainstrasse 149, Zürich, Grillabend bei Blumen-Sue.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Dienstag, 18. Mai 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 1. Mitgliederversammlung mit Informationsreferat des Kantonssekretärs Yves Gadiant zu den aktuellen Abstimmungsvorlagen und Initiativen. Gäste sind herzlich willkommen.

Samstag, 5. Juni 2010, 10.00–11.30 Uhr, vor der Migros, Höngg, Standaktion mit der Kreispartei 10. Weitere Daten (jeweils am Samstag): 3. Juli, 28. August und 11. September (Orte noch offen).

Donnerstag, 26. August 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 2. Mitgliederversammlung.

Montag, 25. Oktober 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 3. Mitgliederversammlung.

Dienstag, 25. Januar 2011, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP-Frauen Kanton Zürich
Donnerstag, 3. Juni 2010, 19.30 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), Restaurant Elefant, Witikonstrasse 279, Zürich, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Abzocker-Initiative – Die Fakten». Referenten: Nationalrat Pirmin Schwander, Präsident AUNS, im Gespräch mit Thomas Minder, Geschäftsleiter Trybol AG, Neuhausen, Initiant eidg. Volksinitiative «gegen die Abzockerei». Alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich sind herzlich willkommen! Organisation: SVP-Frauen Kanton

Zürich www.svpfrauen.ch zusammen mit SVP der Stadt Zürich <http://www.svp-stadt-zuerich.ch>. Kontakt: Gemeinderätin Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch.

Donnerstag, 24. Juni 2010, 19.30 Uhr, (Türöffnung 19.00 Uhr – Ort wird noch bekanntgegeben), öffentliche Veranstaltung «Eine sichere Zukunft für unsere Kinder – Wie schaffen wir sie?». Ursula Fehr, Gemeindepräsidentin Eglisau, nebenamtliche Bezirksrätin, erzählt aus ihrem Buch «Der Schneckenföhler». Anschliessend Referat von Nationalrat Hans Fehr, Geschäftsführer AUNS, www.auns.ch, Eglisau, zum Thema: «Sicherheit in der Schweiz». Alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich und Sympathisanten sind herzlich willkommen. Kontakt: Gemeinderätin Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch <http://www.svpfrauen.ch>.

Donnerstag, 25. November 2010, 19.00 Uhr, Weihnachtsveranstaltung. Alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich sind herzlich willkommen! Weitere Details folgen.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 7. Mai 2010, 10.00 Uhr, Golfpark Holzhausern (Rotkreuz), 2. SVP-Golfturnier. Spielform: Two ball best ball. Beitrag: CHF 160.– pro Person. Im Preis sind folgende Leistungen inbegriffen: Green Fee, Match Fee, Zwischenverpflegung und Apéro. Nachtessen fakultativ: CHF 45.– pro Person (ohne Getränke). Es sind attraktive Preise zu gewinnen. Information und Anmeldung: golfandevents@bluewin.ch, Telefon 043 388 55 44, Fax: 043 388 56 28 oder E-Mail: bfux@golfandevents.ch. Organisation: Nationalrat Jürg Stahl und Brigitte C. Fux, Vorstandsmitglied SVP-Sektion Oberrieden.

4. SVP-Grümpeltturnier
Samstag, 17. Juli 2010, ab 10.00 Uhr, Reitplatz, Winterthur-Töss, grosses SVP-Grümpi mit Festwirtschaft, Pokalen, Plausch, Musik, und vielem mehr! Kategorien: **Plausch Sie & Er** (6 Spieler, davon mindestens 2 Damen), **Männer** (keine Altersbeschränkung, 6 Spieler). Promi-Spiel mit SVP-Politikern, u.a. mit den Nationalräten Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, Toni Bortoluzzi, Capitain FC Nationalrat, Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich und Jürg Stahl, Präsident Parlamentarische Gruppe Sport. Teilnahmegebühr: CHF 50.– pro Team. Anmeldungen ab sofort im Internet über www.svp.ch oder per E-Mail: merian@svp.ch. Auskünfte erteilt Jacqueline Merian (Tel. 031 300 58 58). Anmeldeschluss: Montag, 5. Juli 2010.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 6. Juni 2010, **1. Ausfahrt:** Stein am Rhein. Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 4. Juli 2010, **2. Ausfahrt:** Noch offen. Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 22. August 2010, **3. Ausfahrt:** Noch offen. Nähere Angaben folgen.

Höcks
Dienstag, 18. Mai 2010, 19.30 Uhr, **1. Höck**, Schürlibeiz Aspenhof, Thalheim.

Freitag, 4. Juni 2010, 19.30 Uhr, **2. Höck**, Gartenparty bei Straubinger's, Niederglatt.

Dienstag, 13. Juli 2010, 19.30 Uhr, **3. Höck**, Besenbeiz Lindenhof, Buchberg bei Eglisau.

Donnerstag, 5. August 2010, 19.30 Uhr, **4. Höck**, Restaurant Blüemlisalp, Herrliberg.

Dienstag, 7. September 2010, 19.30 Uhr, **5. Höck**, Besenbeiz Sternen, Mettmenstetten.

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!

Öffnungszeiten:
Mo-Fr 8.00–12.00 Uhr / 13.30–18.30 Uhr
Sa 8.00–12.00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung

In topmoderner Werkstatt
• Pressen für LKW, PKW, Landwirtschaftsmaschinen, Motorräder, LKW-Neugummierungen
• Alu- + Stahlfelgen • Radwaschmaschine

Otto Schaufelberger Hinwil
Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660-6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadiant (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:
Claudio Zanetti (zac.)
Hans Fehr (fe.)

Inseraten-Annahme:
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 92 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Jahresschlusstreffen
Freitag, 1. Oktober 2010, Ort noch offen.

Sommerreise
Samstag, 24. Juli 2010 bis Montag, 26. Juli 2010, Sommerreise ins Elsass.

VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN

Donnerstag, 20. Mai 2010, 14.30 Uhr, (Türöffnung um 14.00 Uhr), Dieci Ristorante, Zürich (vormals Neues Klösterli), Zürichbergstrasse 231, Zürich (gegenüber Zoo-Eingang), Generalversammlung mit Vortrag von SVP-Parteisekretär Yves Gadiant zum Thema «SVP – eine Politik für alle Generationen».

Morgens 5.59 Uhr

Schallschutzfenster von Schraner

Fenster **schraner**
Laupen-Wald | www.schraner-fenster.ch

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44-307 11 55
www.ccg.ch